

## **Beschlussvorlage**

zur Behandlung im: **Gemeinderat**

Vorberatung im: **Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Verwaltung**

---

**Betreff:** **Haushaltskonsolidierung – Projekt „Minus 10 Prozent“**

Bezug: Vorlage 901/2010

Anlagen: 1 Bezeichnung: Anlage zu Vorlage 901b/2010

---

### **Beschlussantrag:**

1. Das Konsolidierungspaket wird wie in der Anlage zu Vorlage 901b/2010 dargestellt mit folgenden Summen beschlossen:

im Jahr 2011: 3.000.569 €

im Jahr 2012: 4.661.496 €

im Jahr 2013: 6.294.278 €

2. Schließung des Ki-Dojo als städtische Einrichtung

Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit den Initiativen im Ki-Dojo eine Lösung zur Fortführung des Zentrums in freier Trägerschaft zu entwickeln.

### **Ziel:**

Beschluss über die Konsolidierungsmaßnahmen der Jahre 2011-2013.

### **Begründung:**

1. Anlass / Problemstellung

Mit Erlass vom 10.05.2010 hat das Regierungspräsidium die Haushaltssatzung unter der Bedingung genehmigt, dass die Stadt zu gegebener Zeit auf der Grundlage entsprechender Gemeinderatsbeschlüsse zur Haushaltskonsolidierung nachweist, dass die Ertragskraft der künftigen Verwaltungshaushalte ausreicht, den Schuldendienst aufzubringen. Zu gegebener Zeit kann die Freigabe der nur bedingt genehmigten Kreditermächtigungen mit den entsprechenden Nachweisen beantragt werden.

Mit den Berichtsvorlagen 900-902/2010 wurde das Konsolidierungspaket für die kommenden Jahre, bis einschließlich 2013, eingebracht.

## 2. Sachstand

Mit dem Beitrittsbeschluss zur Genehmigung der Haushaltssatzung 2010 (Vorlage 817/2010) hat der Gemeinderat Sperrvermerke beschlossen und dem Regierungspräsidium dargelegt, dass die Stadt der Aufsichtsbehörde ein Konsolidierungspaket vorlegen wird, das nicht nur 2010, sondern auch in den folgenden Jahren wirken werde.

Mit der Berichtsvorlage 901/2010 wurden dem Gemeinderat die Vorschläge der Verwaltung vorgestellt, die bis zum Jahr 2013 reichen und ein Volumen von 6,6 Mio. EUR aufweisen. Am 17. Juli 2010 fand dazu eine Fragerunde statt.

Seit Auflage der Berichtsvorlage wurde seitens des Gemeinderats über einzelne Punkte bereits entschieden und es haben sich innerhalb der Verwaltung Veränderungen bei den Vorschlägen ergeben.

In der Anlage sind die wesentlichen Veränderungen der Vorschläge grau unterlegt.

Die Veränderungen im Einzelnen bezogen auf den jeweiligen Vorschlag:

### 1 - Interne Dienste

1\_2 Telefonzentrale: Die im Vorschlag genannte Reduzierung der Personalausgaben erfolgt 2011, der Einspareffekt von 21.527 € geht in notwendigen Investitionsmaßnahmen (Telefonsoftware mit ange-dockter Wissensdatenbank) auf. Die Maßnahme amortisiert sich innerhalb 1,5 Jahren.

1\_39 Mitteilungsblatt Bebenhausen: Die Einsparsumme wurde fälschlicherweise zu hoch angesetzt. Reduzierung um 340 €.

1\_43 Mieten Bürgersaal Bebenhausen: Die Einsparsumme wurde fälschlicherweise zu hoch angesetzt. Reduzierung um 500 €.

### 4 – Kultur

4\_7 Weihnachtsbäume: Die Aufwendungen für den Abbau der Weihnachtsbäume 2010 fallen 2011 an. Dadurch reduziert sich das Einsparvolumen 2011.

4\_15 Reorganisation Stadtarchiv: Die Reorganisation kann erst 2013 erfolgen.

4\_20 Zimmertheater, Veränderung der Buchhaltung: Die Verlagerungen der Tätigkeiten der bisherigen Buchhaltungskraft in die Stadtverwaltung hat sich als nicht machbar erwiesen. Viele Tätigkeiten können nicht von der Stadtverwaltung übernommen werden und müssten extern vergeben werden. Dies wäre für eine Teilbearbeitung der Zahlen für die Honorarkraft nicht wirtschaftlich. Es soll geprüft werden, ob eine Zusammenlegung der Buchhaltung mit einer anderen Kultureinrichtung möglich ist. Eine Umsetzung des Konsolidierungsvorschlags kann deshalb voraussichtlich erst 2012 erfolgen.

4\_23 Reorganisation Stadtmuseum: Damit das Stadtmuseum nach dem Wegfall der Leitungsstelle seine bisherige Qualität beibehält, wurden die Stellen von zwei Mitarbeiterinnen aufgestockt bzw. angehoben. In der Gesamtschau aller Effekte ergibt sich dadurch ein jährliches Einsparvolumen von 35.000 € (statt der in Vorlage 901/2010 dargestellten 53.000 €).

### 2 - Finanzen

2\_12 Zweitwohnungssteuer: Die Verwaltung wird im Laufe des Jahres 2011 eine entsprechende Satzungsänderung einbringen.

2\_13 Vergnügungssteuer: Die neue Vergnügungssteuersatzung wurde mit Vorlage 33/2010 beschlossen. Dadurch kann ab 2012 eine Verbesserung des Haushalts um 10.000 € auf 60.000 € erzielt werden.

#### 5 - Familie, Schule, Sport und Soziales

5\_15 Ki-Dojo: Siehe hierzu die Vorlagen 904/2010, 904a/2010 und 904b/2010, die am 23.9.2010 im Ausschuss für Soziales, Bildung, Jugend und Sport behandelt wurden. Im Ausschuss wurde von der Verwaltung zugesagt, mit den Initiativen über eine Fortführung des Ki-Dojo in freier Trägerschaft zu verhandeln. Dem Gemeinderat wird dann das Ergebnis zur Entscheidung vorgelegt.

5\_20 Gebührenerhöhung für Kindertageseinrichtungen: Mit den Vorlagen 258/2010 und 258a/2010 hat der Gemeinderat am 26.07.2010 die Erhöhung der Kinderbetreuungsgebühren beschlossen. Die neuen Gebührenregelungen, die zum 01.09.2010 in Kraft getreten sind, ergeben gegenüber den alten Gebührenregelungen Mehreinnahmen von rd. 204.000 € ab dem Jahr 2011. Diese Mehreinnahmen bilden sich gegenüber dem Planansatz 2010 nicht in voller Höhe ab, da der Planansatz für die Kinderbetreuungsgebühren im Jahr 2010 überhöht war.

5\_21 Erhöhung der Entgelte für die Verpflegung in Kitas: Anpassung der Beträge an die Vorlage 258/2010, Beschluss des Gemeinderats am 26.07.2010 über die Erhöhung der Verpflegungskostenpauschale.

5\_24: Zuschüsse an nichtstädtische Kitas: Von den freien Trägern wurde in den Gesprächen zur neuen Bezuschussung immer angeführt, dass es ungerecht sei, dass die städtischen Einrichtungen nicht an einem generellen Einsparbeitrag beteiligt sind. Die Herabsetzung der Verfügungszeit von 9 auf 7,5 Stunden für die Erzieherinnen bei der Stadt würden ja auch die freien Träger treffen, da die Personalbemessung im neuen Bezuschussungssystem auch die verringerte Verfügungszeit berücksichtigen würde. Im Übrigen lag die Personalausstattung bisher bei den freien Trägern bei 1,75 Fachkräften bei 30 Wochenstunden, während der städtische Wert gleichzeitig bei 1,92 Fachkräften lag. Deshalb schlägt die Verwaltung vor, diesen Einsparbeitrag auch auf die städtischen Einrichtungen zu erstrecken. Die Aufteilung der Einsparsumme wurde anhand des Betreuungsangebots ermittelt. Dazu wurden die angebotenen Plätze mit den Wochenöffnungszeiten multipliziert. Die Berechnung ergab, dass 60 Prozent des Einsparbetrags und damit rd. 326.000 € auf die städtischen Einrichtungen entfallen und 40 Prozent und damit rd. 214.000 €, von den Einrichtungen aller freien Träger erbracht werden müssen. Dieser Betrag ergibt sich endgültig in 2013. In 2011 liegen beide Beträge bei einem Drittel und 2012 bei zwei Dritteln. Damit beträgt der Einsparbeitrag der freien Träger nur noch 0,8 Prozent in 2011, 1,6 % in Jahr 2012 und ab 2013 2,4 %, jeweils bezogen auf den Gesamtbetrag der Zuschüsse an freie Träger. Die näheren Einzelheiten ergeben sich aus der Vorlage 262/2010, die am 18.10.2010 im Ausschuss für Soziales, Bildung, Jugend und Sport behandelt wird. Wie der Einsparbetrag im städtischen Bereich erbracht wird, muss noch geklärt werden.

5\_36 Kürzung Personalstellen in der Schulsozialarbeit: Statt der ursprünglich vorgesehenen 0,2 AK werden die Stellen der Schulsozialarbeit um 0,3 AK reduziert. Dadurch erhöht sich die Einsparsumme für das Jahr 2013 von 11.600 € auf 17.800 €. Die Verwaltung wird im Stellenplan 2011 bei den Stellen der Mörikeschule einen KW-Vermerk mit insgesamt 0,3 AK anbringen. Siehe hierzu Vorlage 908/2010, die am 18.10.2010 im Ausschuss für Soziales, Bildung, Jugend und Sport behandelt wird.

5\_37 Essenssubventionierung: Anpassung der Beträge an die Vorlage 61e/2010, Beschluss des Gemeinderats vom 26.07.2010, die Schulessenssubventionierung ab dem Schuljahr 2010/2011 von 0,80 € auf 0,40 € pro Essen zu reduzieren.

5\_41 Reduzierung der Personalstellen in der Schulkindbetreuung: Die Vorlage 907/2010 (Beschluss im Gemeinderat am 04.10.2010) stellt die Umsetzung des Vorschlags dar.

## 7 – Planen Entwickeln Liegenschaften

7\_10 Technologieförderung: Der Vorschlag wird zunächst zurück gezogen, da dieser Vorschlag mit der Stadt Reutlingen noch detailliert abgestimmt werden muss. Die Verwaltung wird das Gremium entsprechend informieren.

## 8 - Hochbau und Gebäudewirtschaft

Zum Thema Gebäudereinigung wird das Gremium seitens des Fachbereichs 8 mit der Vorlage 909/2010 näher informiert.

## 9 – Tiefbau

9\_1 Fußgängerschutzanlagen: Der Vorschlag wird zurückgezogen, da der Aufwand für den Abbau der Ampeln im Verhältnis zum Einspareffekt relativ hoch ist. Reduzierung um 5.000 €.

Durch die Veränderungen aus der Verwaltung und den bereits beschlossenen Vorlagen verringert sich das Einsparvolumen:

im Jahr 2011 um 378.163 €,  
im Jahr 2012 um 416.771 € und  
im Jahr 2013 um 371.328 €.

### 3. Vorschlag der Verwaltung

Das Konsolidierungspaket wird wie im Beschlussantrag dargestellt beschlossen.

### 4. Lösungsvarianten

Der Gemeinderat beschließt ein abweichendes Konsolidierungspaket.

### 5. Finanzielle Auswirkungen

Die Ertragskraft der künftigen Verwaltungshaushalte wird um die Konsolidierungssumme verbessert.

### 6. Anlagen: Anlage zu Vorlage 901b/2010